

Die WAHLVERWEIGERER

Knapp 2,5 Millionen Arbeitslose zählt die Statistik – die niedrigste Zahl seit 26 Jahren. Diese Bilanz kommt allerdings nur zustande, weil fast eine Millionen Menschen nicht mitgezählt werden. Auf Geheiß der Politik fehlen sie in der Statistik. Zu den Rausgerechneten gehören die Langzeitarbeitslosen Mirjam S. und Peter K. Sie fühlen sich ignoriert – und verweigern bei Bundestagswahlen ihre Stimme.

Von Sylvia Rizvi

Mirjam S. ist Bürokauffrau. Wegen einer psychischen Erkrankung findet die Esslingerin seit 2003 keine Stelle mehr und lebt von Hartz IV. Zwar vermittelte ihr die Agentur für Arbeit zahlreiche Arbeitsgelegenheiten, Ein-Euro-Jobs oder „Maßnahmen“ mit immer neuen Namen. Doch eine feste Anstellung wurde nie daraus. Die Arbeitgeber zuckten wegen ihrer Erkrankung zurück. „Im Büro werde ich nichts mehr finden“, sagt die 44-Jährige ernüchtert. „Ich bin zu lange aus dem Beruf raus.“ In einer Tagesstätten-Werkstatt montiert sie zurzeit Kleinteile. Mit diesem Ein-Euro-Job und Hartz IV hat die Alleinstehende 950 Euro im Monat auf dem Konto. „Ich habe mich zu 60 Prozent damit abgefunden, dass mein Leben halt so ist. Zu 40 Prozent aber frage ich mich: Warum gerade ich?“ Sie müsse jeden Cent umdrehen. Zum Glück habe sie keine Kinder zu versorgen.

Auch der Elektromaschinenbauer Peter K. muss mit knapp 900 Euro pro Monat scharf rechnen. Vor acht Jahren geriet sein Arbeitgeber in die Bredouille. Grund war die Wirtschaftskrise. Zuerst verordnete ihm die Firma Überstundenabbau, dann Kurzarbeit, am Ende kam die Kündigung. Seither ist der Esslinger mit kurzen Unterbrechungen arbeitslos. In dieser Zeit begannen seine psychischen Probleme, zeitweise lag er in der Klinik. Das Jobcenter hält ihn für nicht mehr vermittelbar, er sei weniger als drei Stunden pro Tag arbeitsfähig. Nun bezieht er eine befristete Erwerbsminderungsrente und wohnt mit 35 Jahren bei den Eltern. „Ich will wieder arbeiten“, sagt er. So will er nicht für immer leben.

Peter K. und Mirjam S. fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen. Dies gaben sie einer wissenschaftlich begleiteten Studie des Stuttgarter Sozialunternehmens Neue Arbeit zu Protokoll. Ein Team der Abteilung „Denkfabrik“ befragte unter der Leitung von Martin Tertelmann 66

Foto: Sylvia Rizvi



Mirjam S. und Peter K. aus Esslingen haben Trott-war erzählt, warum sie nicht wählen gehen

langzeitarbeitslose Wahlberechtigte aus Baden-Württemberg zwischen 25 und 65 Jahren, warum sie ihre Stimme verweigern. Bisher wusste man, dass Arme und Langzeitarbeitslose seltener wählen gehen als Wohlhabende und Berufstätige. Die Studie wollte wissen, warum. Nun liegen die Ergebnisse vor.

Zu viele unerfüllte Versprechen

„Die Interviewten beklagten durchgehend, dass die Politiker nicht zuhören, ihre Versprechen nicht einhalten und es an sozialer Gerechtigkeit fehle“, erklärt Friedrich Kern von der Denkfabrik. „Die Parteien versprechen viel und machen wenig“, sagt etwa Mirjam S. Deshalb wähle sie seit zirka zehn Jahren nicht mehr. Peter K. war seit fünf bis sechs Jahren nicht mehr im Wahllokal: „Egal, wen man wählt, es ändert sich nichts.“ Die Parteien vergäßen ihre Versprechen oder müssten Kompromisse eingehen. Wählen sei sinnlos, ist er sich mit Mirjam S. einig.

Eine kräftige Anhebung der Hartz-IV-Sätze statt einer Erhöhung um fünf Euro, echte Hilfe für Arbeitslose statt das Schönen von Statistiken – das wären Vorhaben, die beide zu den Wählern treiben würde. Doch sie sehen ihre Anliegen ignoriert. Zudem fühlen sich Peter K. und Mirjam S., wie viele Befragte, auf Ämtern oft schlecht

behandelt. Manche Sachbearbeiter seien herablassend. „Das Personal ist überfordert“, erklärt der Elektromaschinenbauer fast verständnisvoll. Die Interviewten führen solche negativen Erfahrungen auf politische Entscheidungen zurück. Sie misstrauen der Politik und sehen im Moment keine Chance, durch Wahlen was zu ändern.

Vorurteile widerlegt

Keine Lösung sehen die Bürokauffrau und der Elektromaschinenbauer im Wählen der AfD. Peter K. etwa hält die Partei für rechtsextrem und falsch gepolt. Wenn etwa alle Ausländer raus wären, dann müssten Teile der Wirtschaft einpacken. Außerdem fürchtet der 35-Jährige, psychisch Kranke würden eines Tages wieder aussortiert. So sei es auch im Dritten Reich gewesen.

Die Studie konnte keine Radikalisierung von Langzeitarbeitslosen feststellen. Zwar gab es auch Befragte, die zum rechten Spektrum neigten. „Dennoch waren alle politischen Orientierungen gleichmäßig abgedeckt“, sagt Tertelmann von der Neuen Arbeit. „Das hat uns überrascht.“ Das Vorurteil, Langzeitarbeitslose wählen AfD, habe sich nicht bestätigt. Fazit: „Politische Grundüberzeugungen können sich zwar durch die Arbeitslosigkeit verstärken oder abschwächen, aber sie verschwinden nicht einfach.“ Allerdings schwindet das Gefühl, von einer Partei vertreten zu werden. Des Weiteren überraschte die Forscher, dass

langzeitarbeitslose Nichtwähler meist politisch interessiert sind. „Selbst dort, wo Interviewte sagten, sie interessierten sich nicht für Politik, zeige das Gespräch oft das Gegenteil“, erläutert Tertelmann. Wie Mirjam S. und Peter K. informieren sich die meisten regelmäßig durch Zeitung, Fernsehen oder Internet. „Und alle konnten ihre Wahlenthaltung gut begründen.“

Die Studienmacher fordern, den Betroffenen wieder zuzuhören, sie wahr- und ernstzunehmen. Es gelte, deren Lebensverhältnisse zu verbessern und sie wirksam zu unterstützen. Als Lobby für Arbeitslose könne etwa ein Arbeitslosenbeauftragter (nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten) geschaffen werden, und prekäre Arbeitsverhältnisse seien zu beseitigen.

Mirjam S. will auch dieses Mal nicht wählen. Und Peter K. will seine Stimme nur abgeben, wenn „ein Politiker mal ehrlich ist“. Politik müsse Rückgrat zeigen, auch wenn es nicht en

vogue sei. Übrigens finden beide überzeugte Nichtwähler Initiativen wie „Bock auf Wahl“ gut. Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger rufen dazu auf, wählen zu gehen und so die Wahlbeteiligung zu heben. (siehe S. 13 in dieser Ausgabe)

„Die Menschen sind dort unter Gleichgesinnten, unter vielen“, sagt Mirjam S. „Und viele Menschen können was ausrichten.“ Denn die beiden Langzeitarbeitslosen finden nicht das Wählen schlecht, sondern: ignorante Politiker. ■

Die wissenschaftliche Befragung

Neue Arbeit Stuttgart, Denkfabrik (Hrsg.): „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Herbert von Halem Verlag, Köln 2017, 28 € ISBN (Print): 978-3-86962-293-8

Mit denen man nicht rechnet

Rund 2.518.000 Arbeitslose zählte die offizielle Statistik im Juli 2017 in Deutschland (Baden-Württemberg: knapp 210.000).

Die Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent (Baden-Württemberg: 3,4 Prozent) rührt daher, dass knapp eine Million (Baden-Württemberg: rund 90.000) gar nicht als Arbeitslose zählen. Darunter auch Peter K. und Mirjam S. Der 35-Jährige ist erwerbsgemindert, Mirjam S. hat einen Ein-Euro-Job. Auch Arbeitslose, die krank sind, an Weiterbildungen teilnehmen oder über 58 sind, hat die offizielle Statistik gestrichen.

Anzeige

Auch auf der Straße sollte man den Menschen nie aus den Augen verlieren.

Porsche unterstützt mit dieser Anzeige die wertvolle Arbeit von Trott-war e. V.

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km) innerorts 19,7-9,9 · außerorts 8,8-6,0 · kombiniert 12,9-7,4;
CO₂-Emissionen kombiniert 290-169 g/km



PORSCHE